

Anlage 1

An die
Bezirksregierung

(Datum)

Dezernat

Zutreffendes bitte ankreuzen ☐
bzw. ausfüllen

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
Offensive für Qualität und Sicherheit im ÖPNV**

1. Antragsteller

Unternehmen/Gemeinde (Gemeindeverband), Zweckverband	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Auskunft erteilt (Name, Telefon)	Telefax-Nummer
Kontonummer	Bankleitzahl
Name und Sitz des Kreditinstitutes	

2. Maßnahmen

2.1

☐ Maßnahmen zur Erhöhung der personellen Präsenz für Service und/oder Sicherheit in den Fahrzeugen und an den Haltestellen

geplanter Personaleinsatz: _____ Stellen durch eigenes Personal
(Erläuterungen gem. Anlage 1) _____ Anzahl der Neueinstellungen

☐ Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung im Ausbildungsberuf Kauffrau/Kaufmann für Verkehrsservice, und zwar Einrichtung von _____ Lehrstellen.

☐ Sicherheits- und servicerelevante Fahrzeugausstattungen, und zwar

-

-

-

-

☐ Sonstige Sicherheits- und Servicemaßnahmen bzw. -einrichtungen, und zwar

-

-

-

2.2

Durchführungszeitraum (von/bis)

3. Gesamtkosten

Gesamtkosten: _____ €

Beantragte Zuwendung: _____ €

4. Finanzierungsplan (Angabe in €)

Jahre	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)					Bemerkungen
	20	20	20	20	20	
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)						
4.2 Eigenanteil						
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)						
4.4 Beantragte/be- willigte öffentl. Förderung (ohne Nr. 4.5) durch						
4.5 Beantragte Zuwendung						

5. Begründung**5.1**

Zur Notwendigkeit der Maßnahme wird auf das als Anlage 2 beigefügte Sicherheits- und Servicekonzept verwiesen.

6. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- 6.1** mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird;
- 6.2** er zum Vorsteuerabzug
- ☐ nicht berechtigt ist
 - ☐ berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat
(Preise ohne Umsatzsteuer)
- 6.3** ihm bekannt ist, dass die Angaben im Antrag (einschließlich aller Antragsunterlagen) subventionserhebliche Tatsachen i. S. d. § 264 StGB sind.
- 6.4** für Maßnahmen nach Nr. 2.2 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Sicherheit und des Services im öffentlichen Personennahverkehr die auszustattenden Fahrzeuge weder nach § 12 Abs. 3 Regionalisierungsgesetz NW (a.F.) bzw. § 13 ÖPNVG NRW gefördert wurden noch gefördert werden sollen.
- 6.5** die Angaben in diesem Antrag (einschließlich aller Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

Anlagen:

1. Aufstellung über das eingesetzte, qualifizierte Service- und Sicherheitspersonal einschließlich Zeitpunkt der Einstellung / Gestaltung.
2. Sicherheits- und Servicekonzept

- Ort / Datum -

- Unterschrift -